

Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz
(14. - öffentliche - Sitzung am 13. August 2018)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Bauordnung**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/1136](#)

Der Ausschuss führte zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens
- Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen in Niedersachsen Petra Wontorra
- Architektenkammer Niedersachsen
- Landesvertretung der Handwerkskammern Niedersachsen
- Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Niedersachsen und Bremen e. V.
- Landesverband Haus & Grund Niedersachsen e. V.
- Lebenshilfe Landesverband Niedersachsen e. V.
- LAG der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e. V.

2. **Entwurf eines Gesetzes über den Schutz und die Erhaltung von Wohnraum (Niedersächsisches Wohnraumschutzgesetz - NWoSchG)**
Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1088](#)

Der Ausschuss erörterte Verfahrensfragen und bat die Landesregierung um eine Unterrichtung, auch im Hinblick auf die zeitlichen Vorstellungen für einen von ihr avisierten Gesetzentwurf zu diesem Regelungsbereich.

3. **Vollständiger Rückbau und Entsorgung von Windenergieanlagen**
Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/1083](#)

Der Ausschuss erörterte Verfahrensfragen und bat die Landesregierung um eine Unterrichtung.

4. **Atomrisiken nicht weiter exportieren: Brennelementefabrik in Lingen stilllegen!**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/980](#)

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellte die Grundzüge des Antrags vor. Der Ausschuss erörterte anschließend Verfahrensfragen und bat die Landesregierung um eine Unterrichtung. Im Anschluss daran soll über eine Anhörung entschieden werden.

Außerhalb der Tagesordnung:

Unsere Gewässer vor multiresistenten Keimen schützen!
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/644](#)

Der Ausschuss bat die Ausschüsse für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung sowie für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz jeweils um eine Stellungnahme zu den sie betreffenden Aspekten gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 3 GO LT.